

**Claudia Roth**

**Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**

**Eröffnungsvortrag KARLSRUHER ATOMTAGE**

**„Atomausstieg, Klima, Frieden: gesellschaftliche Verantwortung heute“**

**10. Oktober 2019**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
sehr verehrter Herr Dr. Mentrup,  
liebe Bettina, liebe Sylvia,  
liebe Freundinnen und Freunde!

Ich freue mich wirklich sehr, heute hier sein und zu einem Themenkomplex sprechen zu dürfen, der mich seit Jahrzehnten begleitet und umtreibt, der aber zugleich in seinen technischen Details – und davon gibt es unendlich viele – nicht zu meinem „täglich Brot“ gehört, wie es so schön heißt.

Wer also gehofft hatte, einen Vortrag über Endlagerung und Atomfonds, über Halbwertszeiten und Brutreaktoren zu hören, den muss ich leider enttäuschen.

Stattdessen hat mich Sylvia eingeladen, über „gesellschaftliche Verantwortung“ im Kontext von Klimakrise und Atomausstieg zu reden – noch dazu in einer Stadt, die kürzlich den Klimanotstand ausgerufen hat.

Ich möchte also darüber sprechen, was Verantwortung bedeutet in einer Welt, in der viele der Versuchung erliegen, auf immer komplexere und grenzenlosere Fragen immer einfachere und begrenztere Antworten zu geben.

Anders ausgedrückt: Wie übernehmen wir gesellschaftliche Verantwortung, wie übernehmen wir Verantwortung für die Gesellschaft in einer Welt, in der Menschen bis in höchste Staatsämter gewählt werden, die explizit zurückkehren wollen zum Recht des Lauteren, des vermeintlich Stärkeren, des Aggressivsten.

Und was heißt Verantwortung in einer Welt, in der auch in Deutschland wieder Politikerinnen und Politiker in die Parlamente einziehen, die offen anti-demokratisch, nicht selten auch rassistisch argumentieren; die wieder bestimmen wollen, wer dazu gehört und wer nicht – zu einem exklusiven Klub, einem einförmigen, einem grauen „Volk“ statt jener vielfältigen und bunten Bevölkerung, diesem starken WIR ALLE, das unsere Gesellschaften doch längst prägt und reich macht.

Liebe Sylvia, das ist wahrlich keine leichte Aufgabe – das gebe ich bereitwillig zu!

Und genau damit sind wir auch schon mittendrin, genau damit fing alles an, genau hierin liegt womöglich die eine atompolitische Ursünde: in der verhängnisvollen Weigerung, sich und anderen einzugestehen, dass so manche Aufgabe eben NICHT zu bewältigen ist.

Welche Hybris, welche Selbstüberschätzung war es, ernsthaft zu glauben, wir seien in der Lage, die Atomkraft sicher zu beherrschen?

Niemand hat je sagen können, was mit den radioaktiven Abfällen geschehen soll, die nun über tausende Jahre strahlen. Und ja, das Risiko war von Beginn an bekannt – vor Tschernobyl, erst recht vor Fukushima. Ein Risiko, das statistisch geringfügig erscheinen mag, das im Falle seines Eintretens aber derartige Zerstörung und derartiges Leid mit sich bringt, dass es letztlich nie hinnehmbar war – geschweige denn hinnehmbar bleibt.

Und trotzdem sind wir dieses Risiko eingegangen – auch hier in Deutschland.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Kontext heute die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung aufwerfen, dann stellen wir letztlich die Frage nach Moral und Ethik in der Politik. Persönlich ist meine grundlegende Position da recht geradlinig: Politik ohne Moral führt zu unmoralischen Ergebnissen. Entsprechend glaube ich auch nicht an einen Technizismus, der behauptet, zu jeder Herausforderung gebe es eine „ethikfreie“ technische Lösung – eine baldige Innovation, die uns erretten möge, wie es oft von liberaler Seite zu hören ist, meist ungenau und schwammig, weil es Genaueres nicht zu sagen gibt.

Unsere technischen Möglichkeiten jedenfalls, die Tragweite des menschlichen Eingreifens in Umwelt und Klima, nicht zuletzt das Vernichtungspotential, das wir angehäuft haben – alle sind sie so immens, dass sie ohne eine Rückbindung an die Werte einer humanistischen Moral und Ethik schlichtweg nicht zu bewältigen, erst recht nicht hinzunehmen sind.

Was Sie hier also hören, ist ein deutliches Plädoyer: Politik braucht Moral, Politik braucht Ethik – nur so bleibt gesellschaftliche Verantwortung möglich. Nun schließen Moral und Technik sich natürlich nicht aus. Ich weiß auch, dass ethisch-moralische Bewertungen in vielen Bereichen höchst komplex sind – Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe, Organspende.

Und selbstverständlich sind Abwägungen und Kompromisse, wenn sie denn einen Schritt in die richtige Richtung ermöglichen, zwingender Ausdruck von Politikfähigkeit und Veränderungswillen. Im Zweifel aber müssen Moral und Ethik über der Technik stehen. Im Bündnis mit der Politik und den unzähligen Akteur\*innen der Zivilgesellschaft muss Moral deshalb den Mut haben, dem technisch Machbaren notwendige Grenzen zu setzen; den unkalkulierbaren, bisweilen auch kalkulierbaren, aber unvertretbaren Risiken technischer Entwicklung selbstbewusst und regulierend entgegenzutreten.

Im Umkehrschluss aber muss Moral auch politische Umbrüche entsprechend vermitteln, womöglich forcieren helfen, wenn sie – wie im Kontext der Klimakrise – technisch zwar möglich und politisch nicht vermeidbar sind, die notwendige Dringlichkeit aber erst noch politische Mehrheiten sucht.

Verantwortliches Handeln jedenfalls setzt voraus, dass wir als Gesellschaft den Fragen um Können und Machbarkeit stets eine kritische Debatte über die moralische und ethische Dimension anbei stellen.

Im Gegensatz zur Behauptung derer, die einen technokratisch-binären Politikmodus aus simplen JAs und NEINs, aus Einsen und Nullen behaupten, ist es deshalb NICHT lästiges Beiwerk, immer wieder auszuhandeln, was wir können sollen, was wir können dürfen, was wir dürfen müssen – und wo entsprechende Schranken liegen.

Im Gegenteil: Es ist GRUNDVORAUSSETZUNG verantwortlichen Handelns.

Das bedeutet dann aber auch, gesellschaftliche Verantwortung und unseren moralisch-ethischen Kompass mit Mut und Ausdauer gegenüber Verwertungsinteressen zu verteidigen.

Eine politische, auch gesellschaftliche Entscheidung mag langfristig und für andere noch so schädigend sein – selbstverständlich werden sich mächtige Stimmen und Kräfte einfinden, die vehement für diese Entscheidung plädieren, wenn den Ihrigen kurzfristig ein entsprechender Verwertungsgewinn winkt. Dem standzuhalten, zugleich aber Sinn und Zweck des eigenen Handelns verständlich zu vermitteln – auch DAS ist gesellschaftliche Verantwortung.

Nun werden einige denken: Das war doch schon immer so!  
Und ich gebe Ihnen Recht. Allerdings sehe ich einen grundlegenden Unterschied zu diesem Immer, insbesondere mit Blick auf die Klimakrise.

Wie viele andere hat mich das Klimapaket der aktuellen Bundesregierung zutiefst enttäuscht. Die Regierung hätte die Chance gehabt, die Energie der vielen Demonstrationen und Kundgebungen endlich in handfeste Klimapolitik umzuwandeln. Aber offenkundig verkennt sie die Radikalität des Realen. Das macht mir große Sorgen, denn die Zeit rennt.

Gerade junge Menschen hätten da durchaus Grund, mit Politikverdrossenheit zu reagieren: Seit Monaten übernehmen sie Verantwortung, die eigentlich anderen zukommen sollte – und werden belohnt mit einem Beschluss, der nicht weniger ist als die Absage an Paris.

Und doch tun sie das genaue Gegenteil, gehen weiter friedlich auf die Straße, geben nicht klein bei. Was aber, wenn es so weiter geht?

Was, wenn auch eine nächste Bundesregierung – möglicherweise ja sogar unter grüner Beteiligung – angesichts nahender Fristen und exponentieller Entwicklungen den ohnehin enormen Erwartungen nicht gerecht werden sollte?

Die Gefahr, dass immer mehr Menschen „die Politik“ als unterschiedslos wahrnehmen und sich enttäuscht vom grundlegenden Prinzip einer parlamentarischen Demokratie abwenden könnten – diese Gefahr wäre plötzlich real, zumindest deutlich größer, als sie es noch vor einigen Jahren war.

Die Klimakrise ist damit nicht nur Überlebensfrage, sondern wird vermehrt auch zum demokratischen Lackmustest – und mit ihr die Frage politischer und gesellschaftlicher Verantwortung, über die ich heute reden darf.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns alle ein Beispiel nehmen an den breiten Bündnissen, die gerade auf der Straße sind, in Deutschland und weltweit:  
Schülerinnen und Großväter,  
Auszubildende und Unternehmen,  
Kirchen und Verbände.

Wie sie sollten auch wir nicht zurückstecken, anderen das Feld überlassen, gar aufgeben.

Im Gegenteil: Verantwortung wächst bekanntlich mit der Größe der Aufgabe – und die ist erheblich.

Es bleibt deshalb richtig, den Ausstieg aus der Atomkraft, insbesondere die Endlagersuche voranzutreiben – wohlwissend, dass es noch erheblichen Gesprächsbedarf gibt; wohlwissend, dass einige versuchen werden, die Energiewende gegen den Atomausstieg auszuspielen.

Der baden-württembergische Agrarminister hat da ja entsprechend vorgelegt. Das allein aber wird selbstredend nicht ausreichen, um einer moralisch-ethischen Politik der Verantwortung gerecht zu werden.

Ohnehin ist gesellschaftliche Verantwortung keine Aufgabe, die sich im eigenen Silo abhandeln lässt: Sie greift erst, wenn sie kohärent in allen Politikbereichen durchdekliniert wird, über nationale Grenzen hinaus, generationenübergreifend.

Gerade deshalb bieten die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und auch das Pariser Klimaabkommen ja eine derart starke Richtschnur für politisches Handeln. Sie nehmen niemanden aus der Verantwortung, richten diese aber gemäß dem Verursacherprinzip vor allem auf diejenigen aus, die vornehmlich die Klimakrise befeuern, die wesentlich die Krise globaler Gerechtigkeit beschleunigt haben – beides Krisen, die nun insbesondere diejenigen treffen, die wiederum am wenigsten dazu beigetragen haben.

Allerdings reicht es bekanntermaßen nicht aus, Verträge wie die Agenda 2030 oder Paris bloß zu unterzeichnen; wir müssen sie auch umsetzen. Und genau hier hapert es gewaltig.

Was würde gesellschaftliche Verantwortung denn bedeuten?

Sie würde bedeuten:

- ein Ende von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete;
- einen deutlichen Einsatz gegen das weltweite Wettrüsten;
- ein völkerrechtliches Verbot letaler autonomer Waffensysteme.

Sie würde bedeuten:

- deutlich mehr Unterstützung für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung;
- eine ökologische Kehrtwende in der Landwirtschaft, im Verkehr, im Transportwesen;
- kurzum, einen grundlegenden Paradigmenwechsel in unserer Art, zu produzieren und Handel zu betreiben.

Sie würde bedeuten:

- einen viel entschiedeneren Einsatz gegen eine Schere zwischen Arm und Reich, die nicht nur global auseinandergeht, sondern auch in Deutschland, einem der reichsten Länder dieses Planeten, bewirkt, dass jedes fünfte Kind in Armut aufwächst.

Und sie würde bedeuten:

- eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die es nicht länger hinnimmt, dass auch nur ein Mensch im Mittelmeer ertrinkt.

All das geschieht nicht, bedauerlicherweise.

Gerade unsere Erfahrungen mit der Atomkraft sollten uns deshalb eine Lehre sein.

Mehr denn je müssen wir uns vor Augen führen, dass unsere Entscheidungen – oder deren Ausbleiben – künftige Generationen massiv beeinträchtigen werden.

Mehr denn je braucht es deshalb eine Verantwortungsethik und das Bewusstsein, dass nicht alles soll, was kann.

Und mehr denn je benötigen wir zugleich die Erkenntnis, dass nicht selten muss, was zunächst unvorstellbar erscheint.

Vor diesem Hintergrund gilt es, auch Neues zu denken und zu wagen, wenn unleugbare Herausforderungen das erfordern.

Nicht ohne Grund haben wir Grüne zuletzt ausgearbeitet, was wir uns unter einer feministischen Außenpolitik vorstellen, die menschliche statt staatliche Sicherheit ins Zentrum rückt – und die in allen außenpolitischen Erwägungen systematisch bedenkt, was eine mögliche Entscheidung für diejenigen bedeutet, die zwar selten mit am Tisch sitzen, aber von den Folgen in der Regel überdurchschnittlich betroffen sind: Frauen und Kinder, marginalisierte Gruppen, Minderheiten.

Nicht ohne Grund haben wir Grüne skizziert, wie wir uns den Umgang der Weltgemeinschaft mit einem Phänomen vorstellen, das schon heute für Millionen von Menschen bittere Realität ist, in den Industriestaaten aber lieber zur Seite geschoben wird: klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung.

Und nicht ohne Grund machen wir Grüne uns dafür stark, den gesamtgesellschaftlichen Einsatz gegen Rassismus eben nicht nur auf rechtsextremistische Auswüchse zu begrenzen, sondern endlich und insbesondere auch all jenen den Rücken zu stärken, für die Ausgrenzung und rassistische Diskriminierung seit Jahren alltäglich sind – an den Schulen und Universitäten, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche, in der Bahn und im Supermarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen vermutlich, warum ich die Aufgabe des heutigen Abends zu Beginn meines Vortrags als derart komplex beschrieben habe.

Gesellschaftliche Verantwortung: Das mögen nur zwei Wörter sein, aber es steckt unendlich viel dahinter. Und doch, es geht auch deutlich prägnanter, als ich es heute dargeboten habe.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so steht es in Artikel eins unseres Grundgesetzes. Gesellschaftliche Verantwortung, das Primat von Ethik und Moral: Vermutlich wurden sie nie schöner umschrieben.

Wenn also Artikel eins Grundgesetz die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen herausstellt, dann liegt darin ein dauerhafter Auftrag an Gesellschaft und Politik. Es gilt, den allgemein formulierten Grundsatz in den sich wandelnden Konstellationen immer und immer wieder neu zur Geltung zu bringen.

In allem, was sie tut und entscheidet, muss Politik stets Rechenschaft darüber ablegen, ob sie dem Gebot der Achtung menschlicher Würde auch wirklich umfassend gerecht wird – im hier und jetzt, mit Blick auf globale Zusammenhänge, gegenüber künftigen Generationen.

Der Atomausstieg ist Teil dessen. Ein wichtiger und ebenso komplizierter Teil, der uns noch lange beschäftigen wird. Aber eben nur ein Teil.

Vielen Dank.